افغانستان آزاد ـ آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مبـــاد بدین بوم و بر زنده یک تن مــباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com afgazad@gmail.com

European Languages	زبانهای اروپائی

Von Igor Kusar, Tokio
01.09.2020
JAPAN

Machtwechsel in Tokio

Japans Premier Abe kündigt Rücktritt an. Abkehr von bisheriger Politik unwahrscheinlich

Kim Kyung-Hoon/REUTERS

Die Pressekonferenz von Shinzo Abe am Freitag wird in Tokio auf Großbildschirmen übertragen

Am Freitag hat Japans Premierminister Shinzo Abe aus gesundheitlichen Gründen seinen Rücktritt erklärt. Er war über siebeneinhalb Jahre im Amt gewesen. Auch wenn sich viele Experten überrascht zeigten: Bereits im Frühjahr war in der japanischen linken Presse über einen möglichen Machtwechsel spekuliert worden, nachdem Abes Coronakrisenmanagement versagt hatte. Viele Japaner bewerten die verabschiedeten Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung als verspätet und wirkungslos.

Sinkende Zustimmungswerte schwächten Abes Position und brachten ihm den Rufnamen »lahme Ente« ein. In seiner Liberaldemokratischen Partei (LDP) ging zudem die Angst

vor weiter fallenden Popularitätswerten um, sollte die Zahl der Coronainfektionen im Herbst weiter steigen und Abes Gegenmaßnahmen nicht greifen. Als möglicher Termin für seinen Rücktritt wurde immer wieder die Zeit nach dem 24. August genannt, an dem Abe den bisherigen Amtsrekord seines Großonkels und früheren Premiers Eisaku Sato brechen würde. Sicher wäre es sein Wunsch gewesen, bis zu den Olympischen Sommerspielen 2021 in Tokio – ihre Austragung ist allerdings unsicher – durchzuhalten und seine Amtszeit zu einem »krönenden Abschluss« zu bringen. Doch der wachsende Druck und ein Darmgeschwür machten ihm einen Strich durch die Rechnung.

Abe hinterlässt ein gespaltenes Land und eine desillusionierte Bevölkerung, die angesichts einer dreißigjährigen wirtschaftlichen Stagnation jegliche Hoffnung auf Besserung verloren hat und von der Politik maßlos enttäuscht ist. Abes relativ hohe Popularitätswerte der Vergangenheit von über 40 Prozent basierten nicht auf politischen Erfolgen, sondern vor allem auf dem Wunsch nach Stabilität und der Angst, dass sich bei einem Machtwechsel die Lebensverhältnisse weiter verschlechtern könnten. Doch trotz der pausenlosen Beteuerung der Regierung, dass es mit der Wirtschaft nicht so schlecht bestellt sei, da der Aktienmarkt boome und das Wirtschaftsprogramm »Abenomics« über vier Millionen neue Stellen geschaffen habe, mussten auch unter Abe viele Japaner einen Verlust an Lebensstandard hinnehmen. Die Regierung verschweigt nämlich gerne, dass es sich bei den neuen Stellen meist um prekäre Jobs handelt, die oft von Pensionisten mit zu kleiner Rente besetzt werden, und dass die Reallöhne weiterhin sinken. Daran haben auch die »Abenomics« nichts geändert. Zu Abes Glück setzte 2012 mit seinem Amtsantritt ein medial aufgebauschter »Japan ist großartig«-Boom ein, der den Inselstaat als kulturell einzigartig und überlegen darstellt. Laut Umfragen lindert ein stärkeres Nationalbewusstsein bei vielen Japanern die Pein des harten Alltags.

Abe schaffte es, die seit den 1990er Jahren steigende Machtkonzentration im Büro des Premiers weiter auszubauen. Seine Position in der LDP und eine schwache Opposition erlaubten es ihm, in der Bevölkerung unpopuläre Gesetze durchs Parlament zu bringen und Skandale um Vetternwirtschaft zu überstehen. Doch ein wirkliches Vermächtnis hinterlässt er nicht. Keines seiner großen Ziele wie etwa die Beilegung des Streits mit Nordkorea um den Verbleib von entführten Japanern – im Land ein hochsensibles Thema – oder die Lösung des Konflikts mit Russland um die Kurilen – beide Staaten erheben Anspruch auf die südlichsten Inseln des Archipels – hat er erreicht.

Für die japanische Linke und viele Aktivisten wurde Abe im Laufe seiner Amtszeiten immer mehr zu einer Hassfigur, da er die Nachkriegsidentität bedrohte, indem er den »Friedensstaat« Japan mit neuen »Kriegsgesetzen« auszuhöhlen trachtete. Doch vieles deutet darauf hin, dass auch sein Nachfolger, der in der ersten Septemberhälfte bestimmt wird, seinen politischen Leitlinien folgen wird.

Junge Welt 31.08.2020